

PINNEBERG: Festival ist Thema im Rat

Die Attacke der SPD-Ratsfrau Gabriela Matthies bleibt nicht unwidersprochen: Pinnebergs Christdemokraten verweisen auf das Gesetz der Gleichbehandlung. Gewerbetreibende sollen beim Jazz-Festival Gebühren zahlen.

Pinnebergs CDU rechtfertigt ihre Position im Streit um das SummerJazz-Festival. Die Christdemokraten hatten sich im Kulturausschuss dagegen ausgesprochen, dem Förderverein Sondernutzungsgebühren für städtische Flächen zu erlassen.

Wenn es nach Pressesprecherin Kerstin Seyfert geht, ist das konsequent: „Nur gastronomische Betriebe, die auch Einnahmen generieren, müssen eine Standgebühr entrichten.“ Und weiter: „Die CDU legt Wert darauf, dass die Bühnen für die Musikgruppen kostenfrei aufgestellt werden dürfen.“

Seyfert verweist darauf, dass damit lediglich dem Gesetz der Gleichbehandlung gefolgt werde: „Auch die anderen Veranstaltungen der Stadt – wie das Weinfest – werden nicht gesponsert.“

Heute Abend diskutiert die Ratsversammlung (18 Uhr, Ratssaal) das Thema. Die SPD hatte die Christdemokraten zum Umdenken aufgefordert, weil der SummerJazz-Förderverein Jahr für Jahr ein hohes

finanzielles Risiko eingehe. Bei Verlusten müssten die Mitglieder des Vereins für die Lücke gerade stehen.

CDU-Ratsfrau Seyfert kann nicht umhin, den Finger in eine tiefe Wunde zu legen: Sie weist auf den immer noch schmerzhaften Verlust hin, der der Stadt Pinneberg durch den Weggang des Edeka-Fleischwerks entstanden sei. „Die Edeka war Hauptsponsor vieler Veranstaltungen. Insofern sind die Veranstalter gezwungen, sich neue Sponsoren zu suchen. Begrüßenswert wäre es, wenn andere ortsansässige Betriebe über ein Sponsoring nachdenken würden.“

Das SummerJazz-Festival hat einen Etat von etwa 60 000 Euro. Ein Drittel davon muss über Sponsoren abgedeckt werden. (and)



Sieht keinen Grund, von ihrer Position abzuweichen: CDU-Ratsfrau Kerstin Seyfert.